

ARMENIEN

Gewerkschaftsmonitor

Mai 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Armenien befindet sich weiterhin in einem komplexen Prozess politischen und gesellschaftlichen Wandels. Die Hoffnungen, die nach der »Samtenen Revolution« von 2018 auf tiefgreifende Reformen gesetzt wurden, haben sich jedoch weitgehend zerschlagen. Zwar bleibt Premierminister Nikol Paschinjan an der Macht, doch das Vertrauen in die politischen Institutionen und Parteien ist gering und die politische Apathie im Lande hat vorrevolutionäre Ausmaße angenommen.

Seit 2023 haben sich die Friedensverhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan zwar intensiviert, jedoch bislang keinen Durchbruch gebracht. Ganz im Gegenteil: Die Gefahr einer erneuten Eskalation bleibt bestehen. In bilateralen Verhandlungen haben sich beide Seiten auf den Text eines Abkommens verständigt. Kerninhalt ist die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität. Aserbaidschan macht jedoch die Unterschrift von Bedingungen abhängig, die innenpolitisch für Paschinjan ein enormes Wagnis darstellen: eine neue armenische Verfassung, die einen Territorialanspruch auf Bergkarabach aus der Präambel streicht. Die armenische Regierung hat die Einleitung eines Verfassungsänderungsprozesses angekündigt. Dieser Schritt wird von vielen im Land kritisch gesehen, da die Debatte von außenpolitischem Druck überschattet wird.

Parallel dazu laufen Verhandlungen über die Demarkierung der gemeinsamen Grenze. Erste Fortschritte wurden erzielt, etwa durch die Festlegung bestimmter Grenzabschnitte im nördlichen Teil. Dennoch bleibt der Prozess fragil und dürfte noch Jahre in Anspruch nehmen. Zwar ist die Zahl der Zwischenfälle seit der Stationierung der in Aserbaidschan kritisch gesehenen EU-Zivilbeobachtungsmission Anfang 2023 deutlich zurückgegangen, doch häuften sich im Frühling 2025 Berichte über tägliche Schüsse im südarmenischen Gebiet Sjunik. Diese Entwicklungen verdeutlichen die anhaltende Unsicherheit an der Grenze.

Ein weiteres innenpolitisches Thema ist die Integration der aus Bergkarabach geflohenen Armenier_innen. Nach der vollständigen Einnahme der Region durch Aserbaidschan im Herbst 2023 suchten über 120 000 Menschen Schutz in Armenien. Trotz der Ankündigung von Sozialprogrammen und Integrationsmaßnahmen bleibt die Umsetzung bislang unzureichend. Viele Vertriebene sehen sich mit schwierigen Lebensbedingungen und Emigrationsdruck konfrontiert; insbesondere der Zugang zu Wohnungen, Arbeitsplätzen und Bildungseinrichtungen ist begrenzt. Die wachsende soziale Unzufriedenheit dieser Bevölkerungsgruppe birgt langfristiges Konfliktpotenzial.

Außenpolitisch hat Armenien in den vergangenen zwei Jahren einen markanten Kurswechsel eingeleitet. Das Vertrauen in Russland als traditionellen Sicherheitsgaranten ist angesichts der Ereignisse rund um Bergkarabach massiv gesunken. Stattdessen rückt die Europäische Union stärker in den Fokus der armenischen Außenpolitik. Im März 2025 verabschiedete die Nationalversammlung ein Gesetz, das den rechtlichen Rahmen für einen künftigen EU-Beitrittsprozess schafft. Dieser Schritt wird als strategische Neuausrichtung hin zu einer europäisch geprägten Zukunft gewertet, obwohl der Beitrittsprozess lang und herausfordernd sein wird. Ein erster Schritt der Annäherung dürfte der beginnende Visaliberalisierungsprozess sein.

Trotz der erklärten Reformbereitschaft bleibt der Wandel innerhalb Armeniens schleppend. Korruptionsbekämpfung, Justizreformen und wirtschaftliche Modernisierung kommen nur langsam voran. Insbesondere auf dem Land und unter den Vertriebenen wächst die soziale Ungleichheit. Die politische Kultur bleibt stark polarisiert, und kritische Stimmen werden von Regierungsseite häufig als »konterrevolutionär« diskreditiert.

Insgesamt steht Armenien an einem Scheideweg zwischen der Bewältigung schwerer innenpolitischer und sozialer Herausforderungen und der Hoffnung auf eine stärkere europäische Integration.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Armeniens Wirtschaftsmodell bleibt strukturell sozial ungleich und wenig nachhaltig. Oligarchische Großunternehmer kontrollieren weiterhin wesentliche Sektoren der Wirtschaft und haben sich nach 2018 weitgehend mit der Regierung Pashinjans arrangiert. Trotz wirtschaftlicher Fortschritte ist es nicht gelungen, die bestehende Ungleichheit abzubauen. Rund ein Drittel der Bevölkerung lebt weiterhin unterhalb der Armutsgrenze. Große Teile der Menschen sind auf Subsistenzwirtschaft und Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant_innen – insbesondere aus Russland – angewiesen.

Aktuell hat Armenien rund drei Millionen Einwohner und verzeichnete 2024 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 24,1 Milliarden US-Dollar (World Bank, 2024). Im zweiten Quartal 2024 wuchs die Wirtschaft um 6,4 Prozent im Jahresvergleich, angetrieben vor allem durch Handel (19,0 %), Finanzdienstleistungen (17,0 %) und das Baugewerbe (17,9 %) (Central Bank of Armenia, 2024). Auch 2023 war die Wirtschaftstätigkeit außergewöhnlich stark mit einem realen BIP-Wachstum von 8,7 Prozent, getragen vom Binnenkonsum und der erhöhten Nachfrage aus dem Ausland. Dennoch zeigen sich erste Anzeichen einer Abschwächung: Der Handelsstrom aus Russland – einer der wichtigsten Partner Armeniens – ist spürbar zurückgegangen, und die Arbeitslosenquote stieg im ersten Quartal 2024 auf 15,5 Prozent (Central Bank of Armenia, 2024). Besonders besorgniserregend ist die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit. Bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren lag sie zuletzt 2022 bei 32,6 Prozent.

Die Inflation, die infolge der globalen wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine stark angestiegen war, ist mittlerweile dank niedriger Lebensmittel- und Energiepreise sowie einer restriktiven Geldpolitik deutlich gesunken. Im August 2024 lag die jährliche Inflation bei nur 1,3 Prozent – deutlich unter dem Inflationsziel der Zentralbank von 4 Prozent. Die Kerninflation betrug im Juli lediglich 0,3 Prozent (Zentralbank von Armenien, 2024). Allerdings bleibt Armenien angesichts eines volatilen externen Umfelds erheblichen Risiken ausgesetzt, darunter eine mögliche Verlangsamung des Wachstums bei wichtigen Handelspartnern, geopolitische Spannungen und potenzielle Kapitalabflüsse (International Monetary Fund, 2024).

Positiv beeinflusst wird die armenische Wirtschaft weiterhin durch den Zustrom von Kapital und Fachkräften nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine, der Handel und Tourismus belebt hat. Dennoch sind diese Impulse eher kurzfristiger Natur und bergen mittelfristig Unsicherheiten.

Die gesellschaftliche Struktur zeigt weiterhin deutliche Ungleichgewichte: Die urbane Mittelschicht, vor allem in Jerewan, ist relativ klein, wenngleich sich durch die Entwicklung eines dynamischen IT-Clusters eine gewisse gesellschaftspolitische Relevanz entfaltet hat. In den ländlichen Regionen dagegen überwiegen Armut und Abhängigkeit von Transfers.

In der Bergbaupolitik bleibt die Regierung unentschieden. Einerseits bieten Minenprojekte vergleichsweise gut bezahlte

Arbeitsplätze, insbesondere in strukturschwachen Regionen; andererseits fordern Umweltaktivist_innen verstärkte staatliche Kontrollen und teilweise die Schließung ökologisch bedenklicher Minen. Ein klarer wirtschaftspolitischer Kurs in diesem sensiblen Bereich fehlt bislang.

Zudem haben die sozialen und politischen Krisen der letzten Jahre – die Samtene Revolution 2018, die Doppelkrise von COVID-19 und dem Krieg mit Aserbaidschan 2020 sowie die Flüchtlingskrise 2023 – einen enormen Druck auf Wohnraum, Beschäftigung und soziale Dienstleistungen ausgeübt (World Bank, 2024). Die staatlichen Programme zur Unterstützung der Vertriebenen und einkommensschwachen Bevölkerungsschichten bleiben jedoch unzureichend, was soziale Spannungen weiter verschärft.

Insgesamt befindet sich Armeniens Wirtschaft in einem Zustand dynamischer, aber unsicherer Entwicklung, der weiterhin von externen Einflüssen und internen strukturellen Schwächen geprägt ist.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die schwierigen Rahmenbedingungen wirken sich weiterhin auf die Situation der Arbeitnehmer_innen aus: Trotz gesetzlich garantierter Rechte wird deren Umsetzung am Arbeitsplatz oft vernachlässigt. Zwar sind viele Gewerkschaften organisatorisch noch schwach aufgestellt und es gibt zahlreiche passive Mitglieder sowie strukturelle Probleme, doch die Lage ist nicht ausschließlich negativ zu bewerten.

Nach Jahren der Stagnation hat ein überraschender Führungswechsel in der Gewerkschaftskonföderation CTUA im September 2022 die Hoffnungen auf eine grundlegende Reform der armenischen Gewerkschaften steigen lassen. Der seitdem intensivierte Reformkurs lässt hoffen, dass der Dachverband zukünftig eine mächtigere Rolle spielen kann.

GEWERKSCHAFTEN IN ARMENIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die ersten armenischen Gewerkschaften wurden bereits zwischen 1905 und 1907 gegründet. In Jerewan wurde die Gewerkschaft der Gerber, der Bäcker und der Postangestellten, in Kars (heutige Türkei) und Alexandropol (heutiger Name Gjumri) die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter gegründet. Bis 1921 erlebten die Gewerkschaften einen historischen Aufschwung und Zuwachs, rund 16 000 Industrie- und Büroangestellte schlossen sich ihnen an. Nach der Eingliederung Armeniens in die Sowjetunion wurden die Gewerkschaften in öffentliche Einrichtungen umgewandelt, die dem politischen System dienten. Arbeitnehmer_innen waren automatisch Mitglied einer Gewerkschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die Zahl der Gewerkschaftsorganisationen und der aktiven Mitglieder. Gab es 1949 noch 2 576 primäre Gewerkschaftsorganisationen mit 161 200 Mitgliedern, waren es im Januar

1951 bereits 3 191 Organisationen mit insgesamt 207 118 Gewerkschaftsmitgliedern.

Das Spitak-Erdbeben von 1988, das 40 Prozent des Territoriums der Sowjetrepublik Armenien mit einer Bevölkerung von einer Million Menschen erfasste, zerstörte 17 Prozent des Wohnungsfonds der Republik und machte 400 000 Menschen obdachlos. Der Gewerkschaftsrat von Armenien organisierte die Evakuierung der Menschen aus dem Katastrophengebiet. Die Gewerkschaften aller Republiken der ehemaligen UdSSR halfen den armenischen Gewerkschaften, sodass 120 000 Kinder, Frauen und ältere Menschen in diesen Republiken in verschiedenen Sanatorien, Kurorten und Auffangheimen untergebracht und mit allem Notwendigen versorgt wurden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion verloren die Gewerkschaften einen Großteil ihrer Macht und ihres Einflusses. Die grundlegenden Veränderungen, die Anfang 1990 im politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben der Gesellschaft stattfanden, und die Veränderungen des staatlichen Regierungssystems und der Eigentumsform, die mit dem Übergang von der Planwirtschaft zu den Marktbeziehungen verbunden waren, führten zu einer sozialökonomischen Krise mit allen Konsequenzen. Die Massenarbeitslosigkeit resultierte in einer zunehmenden Abwanderung, insbesondere von hoch qualifizierten Wissenschaftler_innen und Ingenieur_innen. In den Jahren von 1991 bis 1996 verließen fast 650 000 Menschen das Land. Im Jahr 2000 gab es 173 000 Arbeitslose in Armenien. Die sozialpolitische Situation in der Republik erforderte tiefgreifende Veränderungen in der Gewerkschaftsbewegung.

Trotz des Verlustes des ehemals staatlich garantierten Einflussbereichs prägen Strukturen und Verhaltensweisen aus Sowjetzeiten nach wie vor die Ansichten von Gewerkschaftsführer_innen und der Gesellschaft hinsichtlich der Rolle und Organisation von Gewerkschaften. Die politische Neuordnung Armeniens, das Entstehen einer Zivilgesellschaft und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Umbrüche, beispielsweise Reformen öffentlicher Einrichtungen und Behörden, zwingen die Gewerkschaften, sich neu auszurichten.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Seit dem Führungswechsel bei der CTUA im September 2022 zeigt sich neues Engagement. Unter Präsidentin Elen Manaseryan nehmen die Gewerkschaften zunehmend kritisch und effektiv Stellung zu wichtigen Reformvorhaben und machen ihr Gewicht im öffentlichen Diskurs deutlicher spürbar. Die CTUA bildet weiterhin die Spitze einer pyramidenförmigen

Struktur: An der Basis stehen die Betriebsgewerkschaften, die sich auf regionaler Ebene zu Gebietsgewerkschaften (TTUs) zusammenschließen. Diese wiederum organisieren sich in 18 branchenspezifischen und überregionalen Gewerkschaften (BRTUs), die gemeinsam die CTUA bilden. Der Exekutivausschuss der CTUA koordiniert die Arbeit der BRTUs.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für effektive Gewerkschaftsarbeit in Armenien sind komplex. Größtes Hindernis einer wirksamen Interessenvertretung der Arbeitnehmer_innen ist das de facto fehlende Streikrecht. Wenn Streiks stattfinden, sind diese meist formal illegale, »wilde« Streiks. Andere Rechte existieren weitestgehend nur auf dem Papier: So sind Arbeitgeber_innen theoretisch verpflichtet, das gewerkschaftliche Engagement ihrer Arbeitnehmer_innen zu respektieren und sie nicht dafür zu sanktionieren (beispielsweise durch Entlassung oder Beurlaubung). Sie müssen zudem die Gewerkschaftsvertreter_innen anhören, wenn sie Entscheidungen fällen, die den rechtlichen Status von Arbeitnehmer_innen betreffen, oder auch um fristgerechte Tarifverhandlungen sicherzustellen. In der betrieblichen Realität sind diese Bestimmungen aber kaum bekannt und werden meist unterlaufen.

Vor diesem Hintergrund zielen die Aktivitäten der Gewerkschaften in erster Linie in zwei Richtungen: (1) die Organisation von Freizeitveranstaltungen (Kultur- und Sportereignisse) sowie die Bereitstellung von Unterstützungsleistungen (finanzielle Beihilfen) und (2) Weiterbildungsmaßnahmen im Sozial- und Arbeitsrecht sowie im Bereich der Menschenrechte.

Armenien hat 23 Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert, die den rechtlichen Rahmen für die Arbeitsgesetzgebung des Landes bilden. Armenien hat sich verpflichtet, internationale Normen wie beispielsweise Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention einzuhalten, der das Recht zur Bildung von Gewerkschaften umfasst und deren Grundrechte garantiert. Artikel 28 der armenischen Verfassung definiert die grundlegenden Prinzipien im Hinblick auf die Rechtsposition der Gewerkschaften. Alle Menschen haben ein Recht auf Vereinigungsfreiheit und sind berechtigt, Gewerkschaften zu gründen oder diesen beizutreten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Das armenische Gewerkschaftsgesetz sieht vor, dass Gewerkschaften das Recht haben, Tarifvereinbarungen mit Arbeitgeber_innen und Arbeitgeberverbänden zu schließen. Darüber

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Armenien

Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hayastani arhmiut'yunneri konfederats'ia (HAMH), Confederation of Trade Unions of Armenia (CTUA)	Elen Manaseryan	191 340	IGB, PERC, GTUC (General Confederation of Trade Unions)

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Armenien

Branchenverband /Gewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
BRTU of Workers of Agroindustrial Division of the Republic of Armenia	CTUA	Hasmik Dshangiryan	6 021	IUF
BRTU of Health Workers of Armenia	CTUA	Shushan Petrosyan	15 850	PSI, EPSU
BRTU of Commerce, Catering, Consumer Co-operatives and Enterprise Workers Union of Armenia	CTUA	Shmavon Mkrtchyan	97	–
BRTU of Car-Agricultural-Machine-Building and Forest-Paper-Wooden-Manufacturing Industries of Armenia	CTUA	Tigran Arsenyan	2 040	–
BRTU of Industry Workers of Armenia	CTUA	Aristakes Danielyan	6 080	IndustriAll
BRTU of Banks, Financial Institutions Employees and Professional Employees of Trade of Armenia	CTUA	Laura Hakobyan	3 820	–
BRTU of Institutions of Higher Education in Armenia	CTUA	Armen Avetisyan	31 198	–
BRTU »Electrotradeunion«	CTUA	Karine Aloyan	7 873	IndustriAll
BRTU of Light Industry Workers of Armenia	CTUA	Srapion Arakelyan	1 991	–
BRTU of Miners, Metallurgists and Jewelers of Republic of Armenia	CTUA	Eduard Pahlevanyan	6 207	IndustriAll
Employees Trade Union Organizations and Municipal Economy and Public Utilities of Republic of Armenia	CTUA	Hayk Gevorgyan	3 938	PSI, EPSU
BRTU of Education and Science of Armenia	CTUA	Grigor Gharibyan	46 215	EI, ETUCE
BRTU of Workers of Culture of Armenia	CTUA	Esmā Simonyan	8 100	–
BRTU of Construction and Building Materials Industry Workers of Armenia	CTUA	Lyudwig Sargsyan	8 100	–
BRTU of the Workers of State Enterprises, of Municipally Authorities and Public Service of Armenia	CTUA	Anahit Asatryan	29 940	–
BRTU of Service Sector, Food and Fishing Industry Workers of Armenia	CTUA	Khachik Arakelyan	6 200	–
BRTU »Miabanutyun« of Information Technology, Aviation and Means of Communication Workers of Armenia	CTUA	Sejran Avagyan	1 450	–
BRTU of Transport and Communication Workers of Armenia	CTUA	Lilit Karapetyan	3 120	–

hinaus kann der CTUA Vereinbarungen mit der armenischen Regierung aushandeln und unterzeichnen.

Ein funktionierender sozialer Dialog – entscheidend für bessere Arbeitsbedingungen – ist in Armenien bislang kaum etab-

liert. Da es in vielen Branchen an organisierten Arbeitgebervertretungen fehlt, müssen Gewerkschaften meist direkt mit einzelnen Unternehmen verhandeln, was nur begrenzte Verbesserungen ermöglicht.

Derzeit gibt es jedoch Reformbemühungen: Die Gewerkschaften treiben Initiativen voran, um den sozialen Dialog zwischen Arbeitnehmer_innen, Arbeitgebern und Politik zu stärken. Das Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten arbeitet an einem neuen Gesetz über Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, das die kollektiven Arbeitsbeziehungen modernisieren soll.

Ein weiteres Problem bleibt, dass es bislang schwerfällt, der breiten Öffentlichkeit die Vorteile von Tarifverträgen zu vermitteln und Unterstützung für kollektive Verhandlungen zu mobilisieren.

Ergänzend zu den landesweiten Übereinkommen regeln weitere Tarifvereinbarungen zwischen den BRTUs und den Regierungs- und Verwaltungsbehörden Fragen des jeweiligen Wirtschaftssektors. Viele Betriebsgewerkschaften haben in kleinerem Umfang Tarifvereinbarungen geschlossen. Obwohl derartige landesweite Vereinbarungen in Armenien noch eine Seltenheit sind, besteht Grund zu der Annahme, dass solche Tarifvereinbarungen einen wichtigen Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung des Landes leisten könnten. Die Gewerkschaften unternehmen jedoch zu wenig, um diese Hauptaufgaben voranzutreiben. Die Gewerkschaftsarbeit lässt eine strukturell bedingte Trägheit bei Problemen wie beispielsweise dem zu niedrigen Mindestlohn erkennen: Abgesehen von der Vorlage kritischer Stellungnahmen haben die Gewerkschaften keinerlei Proteste geäußert oder Initiativen auf den Weg gebracht.

Die BRTUs haben mehr als 1 000 Tarifvereinbarungen geschlossen. Allerdings hängt in vielen Fällen deren Erfolg von der Art des Arbeitgebers sowie vom Ansehen und dem Sozialkapital des Gewerkschaftsführers bzw. der Gewerkschaftsführerin ab. Die armenische Regierung, die CTUA und der Arbeitgeberverband Armeniens (RUEA, Republican Union of Employers of Armenia) unterzeichneten am 27. April 2009 und am 1. August 2015 zwei trilaterale Vereinbarungen. Fachleute sind jedoch der Ansicht, dass die Vereinbarungen mangels Erfahrung der Verhandlungspartner mit trilateralen Formaten lediglich deklaratorischen Charakter haben, was ihre Umsetzung auf der politischen Handlungsebene erschwert: Sie haben keinen nennenswerten regulatorischen Einfluss auf Arbeits- und Sozialbedingungen oder Lohn- und Gehaltserhöhungen für Gewerkschaftsmitglieder. Dies lässt sich auch darauf zurückführen, dass einige Betriebsgewerkschaften unter der Obhut eines einzigen Arbeitgebers betrieben werden. Die Arbeitnehmer_innen treten formal diesen Gewerkschaften bei, ihre Forderungen und Ansichten kommen jedoch nie zur Sprache. Die schwierige Wirtschaftslage in Armenien beschert den Arbeitgebern erhebliche Druckmittel gegenüber den gewerkschaftlichen Maßnahmen: Sie können die Umsetzung von Tarifvereinbarungen beeinflussen oder gänzlich verhindern. Einige Arbeitgeber ignorieren schlicht und einfach diejenigen Passagen einer Tarifvereinbarung, die ihnen ungeliegt kommen. Dieses widerrechtliche Verhalten wird ermöglicht durch die stillschweigende Zustimmung der sogenannten »gelben Gewerkschaften« – rein formal bestehende Gewerkschaften, die entweder inaktiv sind oder nur im Interesse der Arbeitgeber_innen tätig werden.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die offiziell kommunizierten Mitgliedszahlen der Confederation of Trade Unions of Armenia (CTUA) sind mit Vorsicht zu interpretieren: Ein angegebener Organisationsgrad von etwa 16 Prozent lässt sich in der gesellschaftlichen Realität kaum nachweisen. In vielen Fällen sind Personen Mitglied in einer Gewerkschaft, ohne sich dessen bewusst zu sein – etwa dann, wenn bei Aufnahme eines Lehrauftrags die Beiträge automatisch durch den Arbeitgeber abgeführt werden. Einige Branchengewerkschaften haben es in der Vergangenheit bewusst unterlassen, ihre Mitglieder aktiv einzubinden, aus Sorge, dass diese sich im Falle eines wachsenden Bewusstseins von der Gewerkschaft abwenden könnten.

Obwohl die armenischen Gewerkschaften das Recht haben, Gesetzesentwürfe und Empfehlungen einzubringen, wird dieses Potenzial bislang kaum genutzt. Die Strukturen und Mentalitäten aus sowjetischer Zeit stellen weiterhin eine Belastung dar. Gleichzeitig sehen sich die Gewerkschaften einem sich wandelnden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld gegenüber. Um in diesem Kontext bestehen zu können, sind umfassende Reformen notwendig: Die Gewerkschaften müssen ihre Sichtbarkeit erhöhen, ihre Rolle im gesellschaftlichen Dialog stärken und interne Strukturen demokratisieren. Nur so lassen sich die Mitglieder aktivieren und langfristig binden. Eine stärkere inhaltliche Orientierung an den tatsächlichen Bedürfnissen der Beschäftigten – insbesondere im Hinblick auf Löhne und Arbeitsrechte – könnte entscheidend zur Loyalität der Mitglieder beitragen.

Mit dem Führungswechsel in der CTUA Ende 2022 verbinden sich Hoffnungen auf einen umfassenden Reformprozess. Erste Maßnahmen wie die Erstellung einer neuen Strategie auf Grundlage einer objektiven Bedarfsanalyse wurden bereits eingeleitet. Dennoch stehen die Gewerkschaften weiterhin erheblichen Herausforderungen gegenüber: Die Verbesserung ihres öffentlichen Ansehens, die Gewinnung neuer Mitglieder und ein stärkeres politisches Engagement sind zentrale Aufgaben. Hierzu zählen unter anderem die Beteiligung an Gesetzesinitiativen, das Einbringen in öffentliche Debatten sowie die juristische Auseinandersetzung mit Arbeitgebern und staatlichen Institutionen.

Impulse für die notwendige Erneuerung kommen bislang vor allem von jungen und engagierten GewerkschafterInnen einzelner Branchen. Ihnen fehlt jedoch häufig die nötige Unterstützung ihrer Dachorganisationen, sowohl finanziell als auch strukturell. Kritik und alternative Perspektiven zur bestehenden Arbeitskultur stoßen innerhalb der etablierten Gewerkschaftsstrukturen oft auf Ablehnung.

Ein zentrales Hemmnis für die Gewerkschaftsarbeit stellt die politische Instabilität des Landes dar, insbesondere im Zusammenhang mit der anhaltenden Bedrohung durch Krieg. Ohne stabilen Frieden ist eine kontinuierliche und wirksame Interessenvertretung kaum möglich. Weitere große Herausforderungen sind die strukturelle Arbeitslosigkeit (13,5 % laut Armenian Statistical Committee, 2022), der Fachkräftemangel und ein unzureichendes Bildungssystem. Zudem erschwert der in-

formelle Sektor, der 2022 einen Anteil von 35,1 Prozent am Arbeitsmarkt hatte, die gewerkschaftliche Organisation, da laut geltendem Recht nur Beschäftigte mit formellem Arbeitsvertrag Mitglied werden können. Die CTUA arbeitet derzeit an einem Gesetzesentwurf zur Erweiterung dieser Regelung, um künftig auch informell Beschäftigte vertreten zu können.

Auch Migration und Integration stellen neue Herausforderungen dar. Insbesondere nach dem zweiten Karabach-Krieg 2020 und dem russischen Angriffskrieg 2022 hat sich die Zahl von Migrant_innen erhöht. Viele von ihnen – beispielsweise aus Indien – sind im Lieferservice tätig, wo sprachliche Hürden die Integration erschweren.

Ein positives Signal sendet die kürzlich gegründete »Trade Union of Forcibly Displaced Workers and Workers with Refugee Status Veratsnund (Renaissance)«. Sie bietet 275 geflüchteten Menschen aus Bergkarabach eine Plattform zur Artikulation arbeitsbezogener und sozialer Probleme, auch wenn sie selbst keine humanitäre Hilfe leisten kann.

Die Gewerkschaftsbewegung in Armenien steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Trotz massiver struktureller, politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen gibt es erste Schritte hin zu einer Reform, die insbesondere auf junge, engagierte Akteure und neue strategische Ansätze setzt. Um ihre Relevanz im Land zu sichern und auszubauen, müssen die Gewerkschaften jedoch ihr Profil schärfen, politische Mitgestaltung ernsthaft betreiben und sich offen für interne Kritik und demokratische Prozesse zeigen. Nur so kann eine nachhaltige Erneuerung gelingen – mit dem Ziel, die Interessen aller ArbeitnehmerInnen wirksam zu vertreten, auch im informellen Sektor und unter neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Marcel Röthig, Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Georgien, Armenien und Aserbaidschan

Liana Badalyan, Projektkoordinatorin und Gewerkschaftskordinatorin im FES-Büro Armenien

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Constantin Groll, Referent Serbien/Montenegro,
Ukraine, Moldau, Gewerkschaften
constantin.groll@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.